

#TARIFVERHANDLUNGEN #BUS 24. März 2017

Warnstreiks bei der Regiobus Stuttgart nicht mehr ausgeschlossen

Bei den Tarifverhandlungen der EVG mit der Regiobus Stuttgart (RBS) kann ein Arbeitskampf nicht mehr ausgeschlossen werden.



Nach Auffassung der Beschäftigten, wie auch der zuständigen Tarifkommission, ist das bislang vorliegende Angebot unzureichend. „Der Arbeitgeber muss nachsteuern, sonst ist ein Warnstreik unvermeidlich“, sagte EVG-Verhandlungsführer Frank Oettrich.

Die RBS bietet für dieses Jahr eine einheitliche Entgelterhöhung um 70 Euro an und ab 2018 ein „Wahlmodell light“. Die Beschäftigten sollen entscheiden, ob sie mit Beginn des nächsten Jahres 2,6 Prozent mehr Geld oder 1,3 Prozent mehr Geld und drei Tage mehr Urlaub haben wollen. Eine Arbeitszeitverkürzung wird hingegen nicht angeboten.

Das ist den EVG-Mitgliedern unter den Beschäftigten jedoch eindeutig zu wenig. „Wir fordern die vollständige Umsetzung des EVG-Wahlmodells aus der Tarifrunde mit der DB AG – und zwar ohne Abstriche. Das bedeutet ab 1.1.2018 die Wahl zwischen 2,6 Prozent mehr Lohn, sechs Tagen zusätzlichem Urlaub

oder Arbeitszeitverkürzung“, so Frank Oettrich. Für das Jahr 2017 fordert die EVG darüber hinaus einen Sockelbetrag von mindestens 85 Euro für alle ihre bei der Regiobus Stuttgart beschäftigten Mitglieder.

Angesichts einer enormen Produktivitätssteigerung und einem Gewinn, der rund 1,8 Millionen Euro höher als geplant ausgefallen ist, gibt es nach Maßgabe von EVG-Verhandlungsführer Frank Oettrich keinen Grund, die Beschäftigten nur unzureichend an den wirtschaftlichen Erfolgen teilhaben zu lassen. Schließlich seien diese letztlich von ihnen erarbeitet worden.

Dem Arbeitgeber wurde bis zum 28. März 2017 eine Frist gesetzt, sein Angebot nachzubessern. „Tut er dies nicht, wird ein Warnstreik noch vor der nächsten Verhandlungsrunde unvermeidlich sein“, machte Frank Oettrich deutlich. „Es liegt allein am Arbeitgeber, diesen zu verhindern“.